

**Bernhard Schulte-Drüggelte**

- (A) Stellen. Das ist zum einen bei dem Bereich, der mit der Energiewende zu tun hat – ein Kollege hat mir vorhin gesagt, weshalb es neue Stellen gibt –, und zum anderen bei der Schachanlage Asse der Fall. Deshalb will ich auch etwas zur Schachanlage Asse sagen.

Für die Bewältigung der Energiewende werden 40 neue Stellen geschaffen, für die Schachanlage Asse sind es 50. Das zeigt eindeutig, dass die Absicht besteht, das Problem Asse, wie ich es nennen möchte, zu lösen. Dazu gehören eine Stabilisierung, eine Notfallvorsorge, eine beschleunigte Faktenerhebung und der Bau des neuen Schachtes 5.

Dieser Problemschacht Asse wird 2013 einen Schwerpunkt bilden. Der Ansatz dafür wird um 42 Millionen Euro auf 142 Millionen Euro erhöht. Das ist aber nur eine relativ geringe Summe. Die Gesamtsumme wird sehr viel höher sein. Dieser Problemschacht Asse bildet das eigentliche Risiko im Einzelplan 16.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor.

Wir kommen nun zu dem **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Einzelplan 30.**

- (B) Das Wort hat die Bundesministerin Professor Dr. Annette Schavan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Annette Schavan**, Bundesministerin für Bildung und Forschung:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Die wichtigste Grundhaltung in Zeiten der Unsicherheit ist die Fähigkeit, sich auf Neues und Unerwartetes einzustellen. Die beste Geldanlage, die eine Gesellschaft in Zeiten des Wandels tätigen kann, sind Investitionen in das Wissen, das Können und die Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Davon sind auch die Haushalte für das Jahr 2013 – der Gesamthaushalt der Bundesregierung und ganz besonders auch der des BMBF – geprägt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dass wir schon seit einer Reihe von Jahren konsequent Schulden abbauen und konsequent mehr in Bildung und Forschung investieren, trägt Früchte. Dass das nicht nur ein Anliegen des fachlich zuständigen Ressorts, sondern auch der Bundesregierung insgesamt ist, ist heute Morgen aus der Rede des Bundesfinanzministers sehr deutlich geworden. Die Früchte sind: deutliche Steigerung und deutliche Stärkung der Innovationskraft in Deutschland, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, deutlich höhere Attraktivität des Forschungsstandortes und vor allem weitere Stabilisierung der Zukunftschancen der jungen Generation. Zukunftschancen der jungen

Generation: Das ist unser großes Thema – gerade jetzt in Europa. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Zahlen für Europa sind erschreckend. Ein Viertel der jungen Menschen im Alter bis zu 25 Jahren ist ohne berufliche Perspektive. In einzelnen Ländern, beispielsweise in Spanien, sind es bis zu 50 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland ist im vergangenen Juni auf 7,9 Prozent zurückgegangen.

(Beifall des Abg. Patrick Meinhardt [FDP])

Der neue EU-Jugendbericht, den die EU-Kommission am Montag veröffentlicht hat, bestätigt diese Entwicklung. Er zeigt, dass es deutlich bessere Chancen für die junge Generation als noch vor einigen Jahren gibt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dafür gibt es viele Gründe. Ein Grund ist der Teil unseres Bildungssystems, der die berufliche Bildung betrifft. Bei der dualen Ausbildung handelt es sich um ein weit verzweigtes Feld an unterschiedlichen Möglichkeiten und unterschiedlichen Bildungsgängen als Herzstück der beruflichen Bildung. Ich sage aus aktuellem Anlass, weil die OECD heute ihren Jahresbericht vorgelegt hat: Ich habe kein Verständnis dafür, dass die OECD auch in diesem Jahr wieder die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung konterkariert, indem sie erklärt, dass Kinder von Akademikereltern, die selbst nicht den Weg der akademischen Bildung gehen, sondern eine Ausbildung absolvieren, in die Kategorie Abstiegsmobilität fallen. Das ist abwegig und ganz und gar unverträglich mit der Tatsache, dass sich immer mehr Länder, übrigens auch in Europa, für unsere duale Ausbildung stark interessieren. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb sage ich: Duale Berufsausbildung ist so etwas wie ein bildungspolitischer Anker in der Krise. Kollegen aus Spanien, Portugal, Italien, Finnland, die Deutschland besuchen, sagen: Weiterentwicklung, Modernisierung und Internationalisierung der Bildungssysteme, das muss heißen, berufliche Bildung zu etablieren. – Große Unternehmen wie SEAT haben angekündigt, das duale Ausbildungssystem zu übernehmen.

Ganz wichtig ist: Beim Europäischen Qualifikationsrahmen, den wir in Deutschland zurzeit umsetzen, ist die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung an wichtigen Stellen durchgesetzt. Deshalb können und werden wir nicht akzeptieren, dass der Weg hin zum Optiker, zum Zahntechniker, zum Schreiner, zum Mechatroniker als Abstieg angesehen wird. Für die Deckung des Fachkräftebedarfs, für die Schaffung stabiler beruflicher Perspektiven, für den Weg in die Selbstständigkeit, für den Weg, ein Unternehmen zu gründen, ein Unternehmen zu übernehmen, Arbeitsplätze zu schaffen und junge Menschen auszubilden, ist die berufliche Bildung der Königsweg für viele in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]):

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Haben die, deren Vater Professor ist, das gleiche Gehalt?)
- Auch wenn der Vater Professor ist, ist es kein Abstieg, wenn der Sohn Optiker wird.
- (Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)
- Nein, überhaupt nicht.
- (Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn der Vater Professor ist: Wer verdient dann mehr?)
- Wenn wir damit anfangen, dann können wir uns gleich auf eine doppelt so hohe Jugendarbeitslosigkeit einstellen. So einfach ist das.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)
- Zwischen 2006 und 2011 hat sich der Anteil der Kinder unter drei Jahren, die die Angebote der Kindertagesbetreuung nutzen, von 14 auf 25 Prozent erhöht. 96 Prozent aller Vier- und Fünfjährigen nehmen Angebote der frühkindlichen Bildung wahr. Damit liegen wir weit über dem OECD-Schnitt, der bei rund 80 Prozent liegt. Auch das muss man einmal sagen – das ist heute Morgen so verkündet worden –: Der Schnitt liegt bei 80 Prozent, wir liegen bei 96 Prozent.
- Wir werden diesen Bereich weiter ausbauen, vor allen Dingen die Qualität der frühkindlichen Bildung gemeinsam mit den Kommunen und den Ländern verbessern. Wir haben schon einen guten Stand erreicht, vor allen Dingen in Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund.
- (B) Der Anteil derer mit Hochschulreife in der Altersgruppe der 30- bis 35-Jährigen ist heute doppelt so hoch wie bei den 60- bis 65-Jährigen. „Aufstieg durch Bildung“ ist auch heute nicht nur möglich, sondern gelingt zunehmend.
- Wir hatten mit den Ländern vereinbart, den Anteil der Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu halbieren. Der Anteil ist von 8 Prozent auf 6,5 Prozent gesunken. Nach einer weiteren Abnahme um 2,5 Prozentpunkte ist auch dieses Ziel erreicht.
- Ich stelle fest: deutlich mehr Bildungsaufsteiger, deutlich weniger Bildungsabsteiger, ein großer Aufwuchs bei den Studierenden, endlich das Anerkennungsgesetz, endlich ein Entwurf zum Wissenschaftsfreiheitsgesetz und weiterhin gute Bildungsfinanzierung. Was das BAföG angeht: Herr Hagemann, auch wenn es im Vorfeld wieder zu Schlagzeilen gekommen ist, wissen Sie doch genau, dass es einen gesetzlichen Anspruch gibt. Sie wissen genau, dass das BAföG nicht gekürzt wird.
- (Klaus Hagemann [SPD]: Aber es gibt keine Erhöhung in der ganzen Legislaturperiode, Frau Ministerin!)
- Was heißt, es gibt keine Erhöhung? Wir haben so viel erhöht wie schon lange nicht mehr.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Patrick Meinhardt [FDP]: Alles andere ist Lüge! – Zurufe von der SPD)

Sie wissen auch, dass ich den Ländern ein Angebot gemacht habe. (C)

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welches Angebot?)

Kein Bereich ist von Rot-Grün so vernachlässigt worden wie das BAföG.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Oh! Das ist grotesk, Frau Ministerin!)

Wir haben etwas gemacht, nachdem jahrelang nichts passiert ist. Heute wird für das BAföG 25 Prozent mehr ausgegeben als noch vor fünf Jahren.

Sie wissen: Die Länder haben ein Angebot von mir erhalten.

(Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Wie sieht das Angebot aus?)

Die Länder sind am Beraten. Sie müssen sich mit uns einigen.

(Klaus Hagemann [SPD]: Beim Bundesgesetz! Sie haben Angebote zu machen!)

Was nicht läuft, ist, BAföG als gemeinsame Leistung haben zu wollen, ohne auch etwas dazu beitragen zu wollen. Die Länder sind jetzt in der Pflicht, zu sagen, was sie wollen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Hagemann [SPD]: Sie müssen was wollen! – Sven Schulz [Spandau] [SPD]: Sie müssen etwas vorlegen!)

(D)

Meine Damen und Herren, die große Quelle für künftigen Wohlstand ist der Forschungsstandort Deutschland.

(Zuruf von der FDP: Sehr richtig!)

Kein Land hat einen so großen Anteil an der Wertschöpfung, der auf Forschung basiert. Deshalb ist es so wichtig, dass wir konsequent – seit 2005 um 53 Prozent – die Investitionen für Forschung und Entwicklung erhöht haben. Das heißt erstens: mehr Mittel für neue Strukturen. Das prominenteste Beispiel ist die Gesundheitsforschung. Die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung werden der Internationalisierung der Gesundheitsforschung einen großen Schub geben.

Das heißt zweitens – Herr Ruck hat es eben schon angesprochen –: mehr Mittel für Klima, Energie und Umwelt, mehr Mittel für die außeruniversitären Forschungseinrichtungen und für die Hochschulen. Allein in dem Haushalt 2013 sind 1,8 Milliarden Euro im Hochschulpakt für neue Studienplätze vorgesehen. Hören Sie als Opposition also auf, immer so zu tun, als würden wir Rosinenpickerei betreiben! Wir machen Förderung in der Breite. Viele neue Studienplätze und viele zusätzliche Bildungsaufsteiger: Da beginnt die Förderung der Hochschulen, bevor es an die Forschung geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Um es mit einer Zahl zusammenzufassen: Allein zwischen 2007 und 2015, also in einem Zeitraum von sieben

**Bundesministerin Dr. Annette Schavan**

- (A) Jahren, wird es über 500 000 neue, zusätzliche Studienplätze in Deutschland geben. Ja, es stimmt: Wir haben einen Teil des Aufwuchses dafür investiert, und wir haben uns entschieden, zugunsten der Studienplätze und damit der Studierenden bei hohen Projektfördertiteln an der einen oder anderen Stelle etwas wegzunehmen. Das ist eine klare und bewusste Prioritätensetzung in diesem Haushalt.

Der aktuelle Innovationsindikator der Telekom-Stiftung und des BDI bescheinigt unserem Land eine kontinuierliche Aufwärtsentwicklung, was die Innovationskraft angeht. Innerhalb weniger Jahre hat Deutschland sich aus dem Mittelfeld der 26 untersuchten Industriestaaten auf den vierten Platz vorgearbeitet. Was das 3-Prozent-Ziel angeht: Deutschland hat 2010 bereits 2,8 Prozent erreicht. Damit liegen wir prozentual gesehen und vor allen Dingen auch bei den absoluten Zahlen in der EU-Spitzengruppe.

Dieser Haushalt ist ein gutes Fundament, um die langfristig angelegte Politik zugunsten der Zukunftschancen der jungen Generation und der weiteren Internationalisierung sowie der Stärkung der Attraktivität des Forschungsstandortes Deutschland weiterzuentwickeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Klaus Hagemann hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

- (B) (Beifall bei der SPD)

**Klaus Hagemann (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jede Medaille hat zwei Seiten. Frau Ministerin hat die schöne und gute Seite dargestellt. Vieles davon unterschreibe ich auch.

(Dr. Martin Neumann [Lausitz] [FDP]: Hört! Hört!)

– Was positiv ist, Kollege Neumann, muss herausgestellt werden. Die 810 Millionen Euro zusätzlich sind positiv zu bewerten. Das sieht auch meine Fraktion so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Geld stellt schließlich nicht die CSU, sondern der Steuerzahler zur Verfügung.

Aber, um jetzt zu der anderen Seite der Medaille zu kommen: Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass Ihr forschungs- und bildungspolitischer Ehrgeiz ziemlich nachlässt, Frau Ministerin. Denn für die Zeit nach der Wahl im Jahr 2013 ist kein Ehrgeiz erkennbar, mehr Mittel obendrauf zu packen. Da ist Stagnation und zum Teil sogar eine Abwärtskurve zu beobachten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Also haben Sie hier einen Wahlkampfhaushalt vorgelegt. Das ist die erste Vorstellung. (C)

(Patrick Meinhardt [FDP]: Das ist Ihre Vorstellung!)

und das müssen Sie sich auch sagen lassen. Von diesem Ministerium ist auch ein Konsolidierungsbeitrag gefordert worden. Man sollte daher darauf hinweisen, dass entsprechende Einsparungen vorgenommen werden.

Aber, Frau Ministerin, ich muss Ihnen erneut vorhalten: Es krankt am Einsatz der vielen Mittel, die Ihnen zur Verfügung gestellt worden sind, und zwar sowohl bei der Bildung als auch in der Forschung. Viele Ansätze bleiben hinter den oft großartig inszenierten Ankündigungen zurück. Ich werde das noch an Beispielen deutlich machen. Es werden zwar interessante Projekte ins Schaufenster gestellt. Aber oft stellen sie sich als Mogelpackungen heraus. Zu diesem Schluss kommt man, wenn man etwas genauer hinschaut.

In der mittelfristigen Finanzplanung von 2014 bis 2016/17 ist kein nennenswerter Aufwuchs mehr zu beobachten. Es muss aber auch nach der Bundestagswahl weitergehen. Es ist fraglich, ob die FDP 2013 noch in der Regierung sein wird. Wir werden auf jeden Fall – genauso wie im vergangenen Jahr – einen Antrag einbringen, der zum Ziel hat, dass für Forschung und Bildung jährlich 2 Milliarden Euro oben draufgesattelt werden, und zwar gegenfinanziert und über fünf Jahre. Leider haben Sie unseren Antrag voriges Jahr abgelehnt. Wenn Sie das nicht getan hätten, wären schon 4 Milliarden Euro mehr für Forschung und Bildung geflossen. Wir werden auf jeden Fall wieder beantragen, dass 2 Milliarden Euro draufgesattelt werden; denn es darf nach der Bundestagswahl 2013 nicht zu einer Stagnation kommen. (D)

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich meine Kernaussagen noch etwas belegen. 80 Prozent der Projekte – man kann darüber streiten, ob es „nur“ 75 Prozent sind – wurden von der SPD initiiert oder von ihr mitgetragen. Dazu gehören beispielsweise der Pakt für Forschung und Innovation, die Hightech-Strategie, die wir in der Zeit der Großen Koalition nach vorne gebracht haben, Frau Ministerin, die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt und der Qualitätspakt „Lehre“. Somit ist der größte Teil von der SPD mit initiiert worden. Aber dann stellt sich die Frage, welche lupenreinen schwarz-gelben Projekte es überhaupt gibt. In diesem Zusammenhang fällt mit nur das Deutschlandstipendium ein. Aber hier läuft es nicht so toll. Es wird nicht so angenommen, wie Sie es sich erhofft haben.

Lieber Kollege Meinhardt, die steuerliche Forschungsförderung, die Sie mit großem Trara in den Koalitionsvertrag haben hineinschreiben lassen, wird nicht realisiert. Das wurde herausgekegelt, genauso wie das Bildungssparen. Das Zukunftskonto „Bildung“ wurde gestrichen. „Wo hat sich die FDP in diesem Einzelplan durchgesetzt?“, frage ich mich.